

# Neue Zürcher Zeitung

## Schlag gegen den politischen Islam

*In Österreich werden sieben Moscheen geschlossen, und aus der Türkei bezahlten Imamen droht die Ausweisung*

MERET BAUMANN, WIEN

Parallelgesellschaften, politischer Islam und Radikalisierungstendenzen hätten keinen Platz in Österreich. Bundeskanzler Kurz wiederholt dies immer wieder, und eine entsprechende Passage hat auch Eingang gefunden in das mit der FPÖ geschlossene Koalitionsübereinkommen. Wie wichtig der Regierung dieses Ziel ist, unterstrich sie am Freitag, als gleich vier ihrer Mitglieder vor die Medien traten, neben Kurz auch Vizekanzler Strache, Innenminister Kickl und Kanzleramtsminister Blümel. Sie präsentierten Konsequenzen einer intensiven Untersuchung durch das mit mehr Ressourcen ausgestattete Kultusamt in den vergangenen Monaten.

### Aus der Türkei finanziert

Demnach müssen sieben Moscheen ihre Tätigkeit einstellen, darunter eine der türkischen Rechtsextremisten Graue Wölfe in Wien. Diese sorgte vor einigen Wochen für Aufsehen, weil Fotos publik wurden, auf denen Kinder den sogenannten Wolfsgruss machen. Sie habe zudem auch keine Genehmigung der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) gehabt, wie Blümel ausführte. Die IGGiÖ ist seit 1979 die staatlich anerkannte Vertretung der Muslime. Weiter wird der Verein Arabische Kultusgemeinde aufgelöst, der sechs Moscheen betreibt. Das Prüfverfahren habe ergeben, dass dort Vertreter mit salafistischem Hintergrund aktiv seien, so Blümel. Für alle Institute gelte, dass die «positive Grundeinstellung gegenüber Staat und Gesellschaft» nicht vorliege, die das im Jahr 2015 umfassend reformierte Islamgesetz verlangt.

Darüber hinaus ist das Kultusamt zum Schluss gekommen, dass der Moscheenverein Atib, der der türkischen Religionsbehörde Diyanet untersteht, massgeblich aus der Türkei unterstützt und damit das Verbot der Auslandfinanzierung verletzt wird, das ebenfalls im Islamgesetz verankert ist. Aus diesem Grund werden die Aufenthaltsrechte von Atib-Imamen derzeit überprüft; Innenminister Kickl sprach von insgesamt 60 potenziell betroffenen Personen. Ein konkretes Verfahren läuft gegen 40 Personen, wobei in zwei Fällen bereits ein Ausweisungsentscheid vorliegt. Die betroffenen Imame können allerdings Rechtsmittel einlegen. Kickl hielt fest, dass aufgrund der Erkenntnisse die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen für Atib-Imame nicht mehr möglich sei.

Religion dürfe nicht zur politischen Indoktrinierung missbraucht werden, sagte Vizekanzler Strache. Gläubige seien vor dem Missbrauch durch Extremisten zu schützen. Der Verfassungsschutz habe insbesondere in Wien und Graz Fälle gezielter Radikalisierung in Moscheen festgestellt. Strache warf der Vorgängerregierung vor, in diesem Bereich untätig geblieben zu sein, obwohl das Islamgesetz eine Handlungsgrundlage geboten hätte.



Bei dieser Wiener Moschee standen die Besucher am Freitag vor verschlossenen Türen.

RONALD ZAK / AP

Das bereits aus dem Jahr 1912 stammende Gesetz war unter dem damaligen Aussen- und Integrationsminister Kurz vor drei Jahren an gegenwärtige Verhältnisse angepasst worden. Es sieht zahlreiche neue Rechte für Muslime vor, etwa auf Verpflegung nach religiösen Vorschriften oder Seelsorge in öffentlichen Einrichtungen wie Gefängnissen, Spitälern und dem Bundesheer. Das Gesetz definiert aber auch, dass sich Muslime dem staatlichen Recht unterzuordnen haben - was bei anderen Glaubensgemeinschaften nicht spezifisch erwähnt wird.

Besonders umstritten war, dass ein Imam oder eine Religionsgesellschaft mit Ausnahme einer einmaligen Spende oder der Abwicklung über eine inländische Stiftung nicht mehr aus dem Ausland finanziert werden darf. Damit wurde konkret Atib ins Visier genommen, und diese Bestimmung ist nun die Basis für das Vorgehen der Regierung.

### Die SPÖ spricht von einer Lüge

Ein Atib-Sprecher räumte am Freitag gegenüber dem ORF-Radio ein, dass die Imame des Moscheevereins von Diyanet bezahlt werden. Gleichzeitig verwahrte er sich aber gegen den Vorwurf, in den Moscheen werde politisch agitiert. Die Opposition begrüßte dagegen das Vorgehen der Regierung mehrheitlich, wobei zuweilen beklagt wurde, dass mit dem Zeitpunkt Wahlhilfe für den türkischen Präsidenten Erdogan geleistet werde (vgl. Kasten unten). Laut dem Generalsekretär der Sozialdemokraten waren die Schritte «die erste gescheite Massnahme dieser Regierung». Er wies allerdings die «Lüge» der Regierung zurück, die SPÖ sei als Kanzlerpartei untätig geblieben.

## Die Türkei diagnostiziert Islamophobie

kam. Istanbul • Ankara hat ungehalten auf die Ausweisung von Imamen und die Schliessung von Moscheen in Österreich reagiert. Vizeministerpräsident Bekir Bozdog erklärte, es seien grundlegende Werte, auf denen Europa aufbaue, vernichtet worden. Ähnlich aufgeregt kommentierte der Sprecher von Staatschef Erdogan den Schritt: Er beklagte eine «islamophobe, rassistische Welle» in Österreich und warf der rechtskonservativen Regierung vor, die muslimische Gemeinschaft zu marginalisieren und daraus politisches Kapital zu schlagen. Die islamisch-konservative Regierungspartei dürfte die Kontroverse dankbar aufgreifen. Erdogan kann sich vor den Wahlen vom 24. Juni als Fürsprecher der Auslands-Türken profilieren, der islamfeindliche Länder in die Schranken weist. Die türkischen Beziehungen zu Österreich steuern auf ein neues Tief zu. Regierungschef Kurz - Erdogan nennt ihn den «unmoralischen Kanzler» - verärgerte Ankara mit der Forderung, die EU-Beitritts-Verhandlungen mit der Türkei abubrechen. Im vergangenen Jahr blieb es nicht beim rhetorischen Schlagabtausch: Ankara blockierte ein Kooperationsprojekt zwischen der Nato und Österreich.